

3/SN-287ME

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300218/5 - Ha

Linz, am 30. Dezember 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem die Exekutionsordnung und das Unterhaltsvorschußgesetz geändert werden;
Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z.	72 GE 9 86
Datum:	7. JAN. 1987
Verteilt	7. Jan. 1987 <i>Reinhardt</i>

L. Bauer

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Justiz versandten Gesetzesentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G r u b e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]
m

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300218/5 - Ha

Linz, am 30. Dezember 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem die Exeku-
tionsordnung und das Unterhalts-
vorschußgesetz geändert werden;
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ 4613a/57-I 1/86 vom 20. Oktober 1986

An das

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 W i e n

Zur do. Note vom 20. Oktober 1986 beehrt sich das Amt der
o.ö. Landesregierung mitzuteilen, daß gegen den Gesetzent-
wurf keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Daß der Unterhaltsschuldner vor der Erlassung der einstwei-
ligen Verfügung nicht gehört wird, sollte jedoch im Hinblick
auf den Grundsatz des Parteiengenhörs überdacht werden, da,
wie auch in den Erläuterungen ausgeführt wird, Fälle nicht
ausgeschlossen werden können, die die finanzielle Lebens-
grundlage des Unterhaltsberechtigten gefährden könnten.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsi-
dium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G r u b e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

